Schulgesetz

vom 27. September 1990¹⁾

Der Kantonsrat des Kantons Zug,
gestützt auf die §§ 4 und 41 Bst. b der Kantonsverfassung²⁾,
beschliesst:

1. TITEL

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Geltungsbereich

¹ Dieses Gesetz regelt das Schul- und Bildungswesen.

² Vorbehalten bleiben die Spezialgesetze.

§ 2

Männliche bzw. weibliche Bezeichnungen

Wo dieses Gesetz für Personen und Funktionsträger männliche bzw. weibliche Bezeichnungen verwendet, gelten diese für beide Geschlechter.

§ 3

Bildungs- und Erziehungsauftrag

¹ Die Schule dient, in Zusammenarbeit mit den Eltern und den Kirchen, der Bildung und Erziehung der Kinder.

¹⁾ GS 23, 693

²⁾ BGS 111.1

412.11

² In diesem Sinne fördert sie die geistig-seelische wie auch die körperliche Entwicklung der Kinder und ist bestrebt, diese nach demokratischen und christlichen Grundsätzen zu selbstständigen, lebensfrohen, charaktvollen Menschen zu erziehen, die der Gemeinschaft und der Umwelt gegenüber verantwortungsbewusst handeln.

§ 4

Schulträger

¹ Träger der Schulen sind die Gemeinden, der Kanton oder Dritte.

² Gemeinden und Kanton können die ihnen gemäss Gesetz zugewiesene Führung von Schulen in besonderen Fällen ganz oder teilweise an Dritte übertragen. Dazu sind Vereinbarungen abzuschliessen, die es Zuger Schülern ermöglichen, diese Schulen ohne Bezahlung eines Schulgeldes zu besuchen.

§ 5

Schulpflicht

¹ Jedes bildungsfähige Kind ist berechtigt und verpflichtet, während neun Jahren die Schule zu besuchen.

² Es kann eine öffentliche oder anerkannte private Schule besuchen. Die Eltern haben die Gemeinde zu informieren, wenn sie ihr Kind nicht an einer öffentlichen Schule unterrichten lassen.

³ In besonderen Fällen kann die Schulkommission auf Gesuch der Eltern oder einer zuständigen Behörde einen Schüler vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen.

§ 6

Schuleintritt

¹ Kinder, die bis Ende Februar das sechste Altersjahr erfüllen, werden auf Beginn des folgenden Schuljahres schulpflichtig. Erfüllen sie bis Ende Mai das sechste Altersjahr, sind sie zum Schulbesuch berechtigt.

² In besonderen Fällen kann die Schulkommission auf Gesuch und nach Anhören der Eltern, der Kindergärtnerin sowie auf Antrag des Schulpsychologen und allenfalls des Schularztes einen früheren oder späteren Schuleintritt bewilligen.

³ Die Gemeinde sorgt dafür, dass Kinder, die aus intellektuellen, sozialen, psychischen oder physischen Gründen in den gemeindlichen Schulen nicht angemessen gefördert werden können, eine entsprechende Sonderschulung oder Betreuung erhalten.

2. TITEL

Die öffentlich-rechtlichen Schulen

1. Abschnitt

Allgemeine Bestimmungen

§ 7

Interkantonale Schulkoordination

¹ Der Kanton Zug ist Mitglied des Konkordates über die Schulkoordination¹⁾.

² Beim Vollzug dieses Gesetzes ist auf die interkantonale Schulkoordination Rücksicht zu nehmen.

§ 8

Schularten

¹ Die Gemeinden führen folgende Schularten:²⁾

- a) auf der Vorschulstufe
 - den Kindergarten
- b) auf der Primarstufe
 - die Primarschule
- c) auf der Sekundarstufe I
 - die Werkschule
 - die Realschule
 - die Sekundarschule.

² Der Kanton führt folgende Schularten:³⁾

- a) auf der Sekundarstufe I
 - die ersten zwei Jahre des Gymnasiums der Kantonsschule
- b) auf der Sekundarstufe II⁴⁾
 - die Kantonsschule:
 - das Gymnasium
 - die Handelsmittelschule
 - das Kantonale Gymnasium Menzingen

¹⁾ BGS 411.1

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 273); in Kraft am 8. Dez. 2001.

⁴⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Mai 1997 (GS 25, 671); in Kraft am 1. Aug. 1997.

412.11

- die Fachmittelschule¹⁾
 - die Berufsvorbereitungsschule
 - die Berufsfachschulen:²⁾
 - die Gewerblich-industrielle Berufsschule
 - die Landwirtschaftliche Schule
 - die Kaufmännische Berufsschule
 - die Berufsschule für Gesundheits- und Krankenpflege
- c) Höhere Fachschulen

§ 9

Schulort

¹ Schulort ist die Wohnsitzgemeinde der Eltern oder Pflegeeltern.

² Liegen besondere Gründe vor, kann die Schulkommission einem Schüler bewilligen, die öffentliche Schule einer anderen Gemeinde zu besuchen. Sofern sich die beteiligten Gemeinden über die Zuweisung und die Höhe des Schulgeldes nicht einigen können, entscheidet die Direktion für Bildung und Kultur³⁾ endgültig.

³ Wenn eine der beiden Gemeinden ausserhalb des Kantons Zug liegt, bedarf eine vertragliche Abmachung der Zustimmung des Regierungsrates. Dieser entscheidet auch über einen Kantonsbeitrag an allfällige Aufwendungen der Gemeinde.

§ 10

Schuljahr

¹ Das Schuljahr beginnt am ersten Montag nach dem 15. August und dauert für die Schüler mindestens 38 Wochen.

² Der Erziehungsrat legt für alle öffentlichen Schulen die Schulferien fest.

³ Die Schulkommissionen sind berechtigt, für lokale Veranstaltungen oder Feiertage höchstens zehn schulfreie Halbtage anzuordnen.

§ 11

Unterrichtszeit

¹ Der Regierungsrat legt auf Antrag des Erziehungsrates für die Schüler die wöchentliche Unterrichtszeit fest. Sie ist für die Primarstufe und die Sekundarstufe I auf neun Halbtage, für die ersten zwei Klassen der Primarstufe auf acht Halbtage zu verteilen.⁴⁾

¹⁾ Fassung in Angleichung an §§ 25 f. Änderung G über die kantonalen Schulen vom 16. Dez. 2004 (GS 28, 279).

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 3. März 2006 (GS 28, 697); in Kraft am 1. Juli 2006.

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

⁴⁾ Fassung gemäss Änderung vom 24. April 1997 (GS 25, 609); in Kraft am 1. Aug. 1997.

² Der Mittwochnachmittag und der Samstag sind schulfrei.¹⁾

³ Die Verteilung der Unterrichtszeit auf Fächer und Fächergruppen ist im Stundenplan festzulegen, der von den Lehrpersonen nach Anweisung des Rektorates zusammenzustellen ist. Auf der Vorschul- und Primarstufe sind gemäss den Richtlinien des Erziehungsrates Blockzeiten festzulegen.

§ 12

Klassengrössen

¹ Für die gemeindlichen Schulen gelten folgende Klassengrössen:

	Richtzahl	Höchstzahl
a) Kindergarten	18	22
b) Primarschule	22	26
c) Kleinklasse für nur teilweise schulbereite Kinder ²⁾	10	14
d) Kleinklassen für besondere Förderung ²⁾	10	12
e) Textiles Werken und Hauswirtschaft	10	14
f) Werkschule	10	12
g) Realschule	18	22
h) Sekundarschule	18	22

Die Eröffnung neuer und die Aufhebung bestehender Abteilungen sind dem Schulinspektorat bekanntzugeben.

² Die Einteilungen und Zuweisungen sind so vorzunehmen, dass die einzelnen Klassen wenn möglich die Richtzahl erreichen. Der Erziehungsrat kann in besonderen Fällen für die gemeindlichen Schulen eine Überschreitung der Höchstzahl bewilligen.

§ 13³⁾

Lehrpläne

¹ Der Erziehungsrat erlässt die Lehrpläne mit den Studentafeln der gemeindlichen Schulen und genehmigt jene der ersten zwei Jahreskurse der Kantonsschule, der Weiterbildungsschule und der Berufswahlschule. Beschlüsse, die erhebliche finanzielle Aufwendungen zur Folge haben, bedürfen der vorgängigen Zustimmung des Regierungsrates.

² Bei Erlass und Genehmigung der Lehrpläne sind insbesondere die gleiche Ausbildung für Mädchen und Knaben sowie die interkantonale Schulkoordination zu berücksichtigen.

³ Die Lehrpläne der Sekundarschule und der ersten zwei Jahreskurse des Gymnasiums sind so aufeinander abzustimmen, dass die Durchlässigkeit grundsätzlich gewährleistet ist.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 24. April 1997 (GS 25, 609); in Kraft am 1. Aug. 1997.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 29. Jan. 2004 (GS 28, 63); in Kraft am 9. April 2004.

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 31. Okt. 1996 (GS 25, 481); in Kraft am 1. Aug. 1997.

412.11

§ 14

Religions- und Bibelunterricht

¹ Der Erziehungsrat legt nach Anhören der öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen fest, wie viele Wochenlektionen für den Religionsunterricht in den Stundentafeln eingeräumt werden.

² Den Lehrstoff für den Religionsunterricht bestimmen die Kirchen. Der Stoff ist mit den Fächern Bibelunterricht und Lebenskunde abzustimmen.

³ Die Kirchen sind verpflichtet, den Religionsunterricht durch eigene Instanzen begleiten und beaufsichtigen zu lassen.

⁴ Ein Verzicht auf den Besuch des Religions- und Bibelunterrichts ist dem Schulrektorat vorher schriftlich mitzuteilen. Diese Mitteilung erfolgt vor dem erfüllten 16. Altersjahr des Schülers durch die Eltern, nachher durch den Schüler selber (Art. 49 der Bundesverfassung).

§ 15

Schulversuche

¹ Die Direktion für Bildung und Kultur¹⁾ kann auf Antrag des Erziehungsrates im Einverständnis mit den betreffenden Gemeinderäten Schulversuche bewilligen.

² Diese Schulversuche müssen befristet sein, begleitet und ausgewertet werden. Die Eltern sind über diese Versuche zu informieren.

³ Für die Schüler muss der Übertritt in höhere Stufen gewährleistet sein.

§ 16

Lehrmittel

¹ Der Erziehungsrat bestimmt die Lehrmittel und zugehörigen Unterrichtshilfen, die während der obligatorischen Schulzeit verwendet werden müssen.

² Der Kanton gibt diese unentgeltlich ab.

³ Die Anschaffung von ergänzenden Lehrmitteln und zusätzlichen Unterrichtshilfen ist Sache der Gemeinden.

§ 17

Schülerbeurteilung und Promotion

¹ Jeder Schüler ist vom Lehrer zu beurteilen.

² Der Erziehungsrat regelt die Schülerbeurteilung und erlässt eine Promotionsordnung.

³ Spätestens ab der 4. Primarklasse hat die Beurteilung in Form von Leistungsnoten in Ziffern zu erfolgen.

¹⁾ Fassung gemäss § 5 Bst. a DelV vom 23. Nov. 1999 (GS 26, 471); in Kraft am 1. Jan. 2000.

§ 18

Unentgeltlichkeit

¹ Für den Unterricht an den öffentlichen Schulen darf kein Schulgeld erhoben werden.

² Der Regierungsrat legt jene Leistungen und Aufwendungen der Schule fest, für die Elternbeiträge erhoben werden können.

³ Er bestimmt die Höhe des Schulgeldes, welches ausserkantonale Schüler an kantonalen Schulen zu bezahlen haben.

§ 19

Zusätzliche Schulangebote

¹ Die Gemeinden sind berechtigt, Musikschulen zu führen.

² Sie können zusätzlich zu den im Lehrplan enthaltenen Fächern Schulsport, Schultheater oder Kurse im handwerklich-musischen Bereich anbieten.

³ Sie haben den Schülern während der Winterferien eine Sportwoche anzubieten.

⁴ An die Kosten der zusätzlichen Schulangebote leistet der Kanton vorbehaltlich der Bestimmungen des Lehrerbesoldungsgesetzes keine Beiträge.

§ 20

Rechte der Eltern

¹ Die Eltern sind berechtigt, im Rahmen der Fähigkeiten ihres Kindes und unter Berücksichtigung seiner Neigungen den Ausbildungsgang zu bestimmen.

² Sie haben insbesondere Anspruch darauf,

- a) von der Schule alle Informationen zu erhalten, die zur Erfüllung ihrer elterlichen Rechte und Pflichten notwendig sind;
- b) nach Absprache mit dem Lehrer Einzelgespräche zu führen und Schulbesuche zu machen;
- c) über Anordnungen, die ihr Kind betreffen, von der zuständigen Instanz benachrichtigt zu werden;
- d) in die bewerteten Leistungen des eigenen Kindes Einsicht zu nehmen;
- e) über Besonderheiten des Unterrichts, neue Unterrichtsformen und -gegenstände, neue Lehrmittel und -methoden, Schulversuche und Reformen rechtzeitig und angemessen informiert zu werden.

412.11

§ 21

Pflichten der Eltern

¹ Die Eltern sind verpflichtet, ihr Kind zum regelmässigen Schulbesuch und zur Befolgung von Anordnungen des Lehrers und der Schulbehörden anzuhalten.

² Sie haben ihrem Kind die nötige Zeit zur Erledigung der Hausaufgaben einzuräumen.

³ Sie sind zudem verpflichtet,

- a) mit der Schule und den Schuldiensten zusammenzuarbeiten;
- b) Einsicht in die Zeugnisse zu nehmen und diese zu unterschreiben;
- c) für voraussehbare Absenzen um Bewilligung nachzusuchen und für eine sonstige Abwesenheit den Grund mitzuteilen.

§ 22

Rechte der Schüler

¹ Jeder Schüler hat Anspruch auf eine seinen Fähigkeiten und Neigungen angemessene Ausbildung sowie auf eine gerechte und wohlwollende Behandlung.

² Er hat insbesondere Anspruch auf:

- a) eine seinem Alter, dem Stand seiner Ausbildung und Urteilsfähigkeit angemessene Mitgestaltung des Schulalltags;
- b) Behandlung der von ihm den zuständigen Lehrern und Schulbehörden eingereichten Begehren;
- c) persönliche Anhörung, wenn gegen ihn ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird;
- d) die Benützung der Schuldienste.

§ 23

Pflichten der Schüler

¹ Die Schüler sind verpflichtet, den Unterricht vorschriftsgemäss zu besuchen, aktiv mitzuarbeiten und den Weisungen des Lehrers nachzukommen.

² Die Schüler haben den Lehrern und den Mitschülern mit Anstand zu begegnen.

§ 24

Disziplinarmassnahmen

¹ Gegen Schüler, deren Verhalten zu Beanstandungen Anlass gibt, können Disziplinarmassnahmen angeordnet werden.

² Sie sollen erzieherisch sinnvoll sein, dürfen die Würde des Menschen nicht verletzen und sollen nicht im Affekt vollzogen werden.

³ Die Schulkommission kann einem Schüler den Ausschluss aus der Schule androhen oder als schwerste Massnahme ihn von der Schule ausschliessen. Sofern dieser Schüler noch schulpflichtig ist, hat die Schulkommission dafür besorgt zu sein, dass er an einer anderen Schule unterrichtet wird.

2. Abschnitt

Gemeindliche Schulen

§ 24^{bis 1)}

Förderung von Kindern mit besonderen Begabungen oder Hochbegabungen

¹ Die Gemeinden sorgen dafür, dass besondere Begabungen oder Hochbegabung erkannt und die Kinder entsprechend gefördert werden.

² Begabungsförderung ist in erster Linie innerhalb der Klasse sowie klassen- und stufenübergreifend anzubieten.

³ Für Kinder mit einer ausgewiesenen Hochbegabung, die in den gemeindlichen Schulen nicht angemessen gefördert werden können, entscheidet der Rektor auf Antrag der Eltern und des Schulpsychologischen Dienstes und nach Anhören des Lehrers über eine weitergehende Förderung an speziellen Schulen. Die Beiträge von Gemeinden und Kanton richten sich sinngemäss nach den Bestimmungen über die Sonderschulen.

⁴ Der Erziehungsrat erlässt Richtlinien.

A. Vorschulstufe

§ 25

Kindergarten

¹ Der Kindergarten ist die Vorstufe zur Primarschule.

² Er fördert die Erziehung der Kinder in spielerischer Form und darf keine schulischen Aufgaben vorwegnehmen.

§ 26

Organisation

¹ Die Gemeinden haben allen Kindern während ein bis zwei Jahren vor Eintritt der Schulberechtigung den Besuch des Kindergartens zu ermöglichen.

¹⁾ Eingefügt durch Änderung vom 29. Nov. 2001 (GS 27, 341); in Kraft am 23. Febr. 2002.

412.11

² Der Besuch des Kindergartens ist freiwillig. Nach erfolgter Aufnahme sind die Kinder zum regelmässigen Besuch verpflichtet.

³ In besonderen Fällen können die Gemeinden unter Mitteilung an den Erziehungsrat die Unterrichtszeit beschränken.

⁴ Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten können besonders gefördert werden.¹⁾

⁵ Eine Abteilung ist in der Regel von einer einzigen Kindergärtnerin zu führen. Eine Pensenteilung ist möglich.

B. Primarstufe

§ 27

Primarschule

Die Primarschule vermittelt den Kindern im Rahmen dieses Gesetzes die Elementarschulbildung.

§ 28

Organisation

¹ Die Primarschule umfasst sechs Jahreskurse.

² Es können auch mehrklassige Abteilungen geführt werden.

³ Eine Pensenteilung ist möglich.

⁴ ...²⁾

§ 29¹⁾

Besondere Förderung

¹ Nur teilweise schulbereite, lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder sowie Kinder mit ungenügenden Deutschkenntnissen werden besonders gefördert.

² Die Schulen bieten die besondere Förderung innerhalb der Regelklasse oder in Kleinklassen an.

³ Zur Förderung von nur teilweise schulbereiten, von lernbehinderten oder verhaltensauffälligen Kindern innerhalb der Regelklasse unterstützt ein Schulischer Heilpädagoge den Unterricht.

⁴ Für nur teilweise schulbereite Kinder kann der Unterrichtsstoff der 1. Primarklasse in Kleinklassen auf zwei Schuljahre verteilt werden.

⁵ Kinder mit Behinderungen im Sinne der Invalidenversicherungsgesetzgebung können in Einzelfällen auch in der Regelklasse geschult werden.

⁶ Bei nur teilweise schulbereiten, lernbehinderten oder verhaltensauffälligen Kindern entscheidet der Rektor über die besondere Förderung nach An-

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 29. Jan. 2004 (28, 63); in Kraft am 9. April 2004.

²⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 29. Jan. 2004 (28, 63); in Kraft am 9. April 2004.

hören der Eltern, des Klassenlehrers und des Schulischen Heilpädagogen. Dauert diese Förderung länger als ein Jahr oder soll eine Einweisung in eine Kleinklasse erfolgen, entscheidet er aufgrund einer Stellungnahme des Schulpsychologischen Dienstes.

⁷ Der Erziehungsrat erlässt Ausführungsbestimmungen.

C. Sekundarstufe I

§ 30¹⁾

Schularten

¹ Die Sekundarstufe I gliedert sich in die Werk-, Real- und Sekundarschule sowie die ersten zwei Jahre des Gymnasiums der Kantonsschule.

² Die Werkschule ist für lernbehinderte Kinder bestimmt, die die Anforderungen der Realschule nicht erfüllen. Die Gemeinden können lernbehinderte Kinder auch in die Realschule integrieren.²⁾

³ Die Realschule bereitet die Schüler auf eine Berufslehre vor.

⁴ Die Sekundarschule bereitet die Schüler auf eine Berufslehre oder auf eine weitere schulische Ausbildung vor.

⁵ Der Regierungsrat legt auf Antrag des Erziehungsrates das Verfahren für die Zuweisung in die einzelnen Schularten fest.

⁶ Der Erziehungsrat regelt den Wechsel zwischen den Schularten. Er trifft Massnahmen zur Gewährleistung des Übertritts begabter Schüler in das Gymnasium der Kantonsschule.

§ 31¹⁾

Kooperative Oberstufe

¹ Die Sekundar- und Realschule arbeiten als kooperative Oberstufe zusammen. In einzelnen Fächern sind schulartenübergreifende Niveaurokurse mit unterschiedlichen Leistungsanforderungen zu führen.

² Die Gemeinden können die Werkschule in die kooperative Oberstufe einbeziehen.

³ Der Regierungsrat regelt, in welchen Fächern Niveaurokurse geführt werden.

⁴ Der Erziehungsrat regelt den Wechsel zwischen den Niveaurokursen.

§ 32¹⁾

Andere Organisationsformen

Sofern eine sinnvolle Gliederung in die Werk-, Real- und Sekundarschule nicht möglich ist, kann der Erziehungsrat einer Gemeinde bewilligen, Klas-

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 29. Jan. 2004 (28, 63); in Kraft am 9. April 2004.

412.11

sen ohne Aufteilung in diese Schularten zu bilden. Diese Klassen sind mit Niveauekursen entsprechend der kooperativen Oberstufe oder mit leistungsdifferenziertem Unterricht im Klassenverband sowie mit heilpädagogischer Förderung zu führen.

§ 32^{bis 1)}

Förderung in Sportklassen

¹ Die Gemeinden können sportlich begabten Jugendlichen bewilligen, zur Vorbereitung auf den Spitzensport Schulen mit angepassten schulorganisatorischen Rahmenbedingungen zu besuchen, und Schulgeldbeiträge gewähren.

² Das von der Gemeinde mit der Schule vereinbarte Schulgeld wird vom Kanton mit 50 % subventioniert.

§ 33²⁾

Heilpädagogische Förderung

¹ Für Schüler, die trotz normaler Begabung wegen Lern- und Verhaltensschwierigkeiten die Anforderungen der Regelklasse nicht erfüllen, bieten die Gemeinden eine heilpädagogische Förderung an.

² Der Erziehungsrat erlässt Vollzugsbestimmungen.

D. Sonderschulen und Früherfassung

§ 34

Aufgabe

¹ Die Sonderschulen sind für Kinder bestimmt, die in den gemeindlichen Schulen nicht angemessen gefördert werden können.

² Das Rektorat entscheidet über die Einweisung auf Gesuch und nach Anhören der Eltern und des Klassenlehrers, nach Kenntnisnahme einer Verfügung der zuständigen Invalidenversicherungskommission sowie auf Antrag des Schulpsychologen und allenfalls des Schularztes.

³ Die Sonderschulung dauert längstens bis zum 20. Altersjahr.

§ 35

Sonderschulen im Kanton Zug

¹ Der Regierungsrat erlässt auf Antrag des Erziehungsrates ein kantonales Sonderschulkonzept.

² Der Erziehungsrat anerkennt die einzelnen Sonderschulen in Anwendung dieses Konzepts sowie des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung³⁾.

¹⁾ Eingefügt durch SportG vom 29. Aug. 2002 (GS 27, 547); in Kraft am 1. Jan. 2003.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

³⁾ SR 831.20

³ Der Kanton übernimmt nach Abzug der Bundessubvention 50 Prozent der Betriebskosten von gemeindlichen Sonderschulen.

⁴ Bei Privatschulen richten sich die Beiträge der öffentlichen Hand nach den Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)¹⁾. Die Eltern leisten einen Beitrag an die Verpflegungskosten.

§ 36

Ausserkantonale Sonderschulen

Sofern ein Kind in eine ausserkantonale Sonderschule eingewiesen werden muss, haben der Kanton und die zuständige Gemeinde die Kosten nach den Bestimmungen der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE)¹⁾ je zur Hälfte zu tragen.

§ 37

Früherfassung

¹ Der Regierungsrat beauftragt eine Institution mit der Beratung von Eltern, deren Kinder körperlich, geistig oder sozial beeinträchtigt sind.

² Die Ausführungsbestimmungen legen die vorschulische Früherfassung und die Förderung im heilpädagogischen Kindergarten sowie deren finanzielle Unterstützung fest.

3. Abschnitt

Kantonale Schulen

§ 38

Kantonsschule

¹ Die Kantonsschule umfasst ein Gymnasium und eine Handelsmittelschule.²⁾

² Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die kantonalen Schulen³⁾.

§ 38^{bis} ⁴⁾

Kantonales Gymnasium Menzingen

¹ Das Ziel des Kantonalen Gymnasiums Menzingen ist das Vermitteln der Hochschulreife.

² Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die kantonalen Schulen.³⁾

¹⁾ BGS 861.52

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 31. Okt. 1996 (GS 25, 481); in Kraft am 1. Aug. 1997.

³⁾ BGS 414.11

⁴⁾ Fassung gemäss Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 273); in Kraft am 8. Dez. 2001.

412.11

§ 39

Fachmittelschule

¹ Die Fachmittelschule ist gemäss Reglement über die Anerkennung der Abschlüsse von Fachmittelschulen der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Erziehungsdirektoren zu führen.¹⁾

² Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die kantonalen Schulen.²⁾

§ 40

Berufsvorbereitungsschule³⁾

¹ Die Berufsvorbereitungsschule bereitet Jugendliche nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit auf eine Berufslehre oder auf andere Berufsausbildungen vor oder verhilft ihnen zum Berufswahlentscheid. Sie fördert sie in der persönlichen Entwicklung.

² Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die kantonalen Schulen.²⁾

§ 41

Berufsfachschulen⁴⁾

¹ Das Berufsbildungswesen, insbesondere die Führung der Berufsfachschulen⁴⁾, richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes⁵⁾ und des kantonalen Einführungsgesetzes.⁶⁾

² Das landwirtschaftliche Bildungswesen, insbesondere die Führung der Landwirtschaftlichen Schule, richtet sich nach den Bestimmungen des eidgenössischen⁷⁾ sowie des kantonalen Einführungsgesetzes Landwirtschaft.⁸⁾

³ Die Führung der Schule für allgemeine Krankenpflege richtet sich nach dem Gesetz über das Kantonsspital.⁹⁾

¹⁾ Fassung in Angleichung an §§ 25 f. Änderung G über die kantonalen Schulen vom 16. Dez. 2004. (GS 28, 279).

²⁾ BGS 414.11

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Mai 1997 (GS 25, 671); in Kraft am 1. Aug. 2000.

⁴⁾ Fassung gemäss Änderung vom 30. März 2006 (GS 28, 697); in Kraft am 1. Juli 2006.

⁵⁾ SR 412.10

⁶⁾ BGS 413.11

⁷⁾ SR 910.1

⁸⁾ BGS 921.1

⁹⁾ BGS 826.13

4. Abschnitt Schuldienste

§ 42

Definition

¹ Schuldienste im Sinne dieses Gesetzes sind Einrichtungen, welche die Schule unterstützen und ergänzen.

² Träger der Schuldienste sind die Gemeinden oder der Kanton.

³ Die Gemeinden können einen Schuldienst gemeinsam führen und auch Private damit beauftragen.

⁴ Soweit in diesem Gesetz keine besondere Regelung vorgesehen ist, haben die Träger für die Kosten aufzukommen.

§ 43¹⁾

Gemeindliche Schuldienste

¹ Die Gemeinden sind verpflichtet, folgende Schuldienste anzubieten:

- a) Schulbibliothek;
- b) Schularzt-Dienst;
- c) Schulzahnarzt-Dienst;
- d) Logopädietherapie;
- e) psychomotorische Therapie.

² Der Kanton gewährt Beiträge an:

- a) ...
- b) die Personalaufwendungen für die Schuldienste gemäss Abs. 1 Bst. d) und
- e) nach Ansätzen des Lehrerbesoldungsgesetzes.²⁾

³ Für die Berechnung des Gemeindebeitrages an die Kosten der zahnärztlichen Behandlung können die dazu notwendigen Steuerdaten zum Reineinkommen und -vermögen oder zum steuerbaren Einkommen und Vermögen der Eltern verwendet werden.

§ 44¹⁾

Kantonale Schuldienste

Der Kanton führt folgende Schuldienste:

- a) Schulpsychologischer und Schultherapeutischer Dienst sowie Erziehungsberatung;

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 2. Juni 2005 (GS 28, 409); in Kraft am 1. Jan. 2006.

²⁾ BGS 412.31

412.11

- b) Berufsberatung gemäss Berufsbildungsgesetz;
- c) Verkehrsinstruktion;
- d) Didaktisches Zentrum.

5. Abschnitt

Lehrer

§ 45

Lehrbewilligung

¹ Der Unterricht darf nur von Lehrern erteilt werden, die im Besitz einer kantonalen Lehrbewilligung sind. Ausgenommen sind Stellvertretungen.

² Der Erziehungsrat erteilt die Lehrbewilligung für Lehrer an den gemeindlichen Schulen, wenn der Bewerber im Besitz eines von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) anerkannten oder eines gleichwertigen Diploms ist. Sind nicht genügend Inhaber eines Lehrdiploms für die vorgesehene Lehrtätigkeit vorhanden, kann ausnahmsweise auch einem Bewerber ohne Diplom eine befristete Bewilligung erteilt werden.¹⁾

³ Für Lehrer an den kantonalen Schulen legt der Regierungsrat die Voraussetzungen für die Lehrtätigkeit fest.

§ 46

Anstellung

¹ Der Unterricht wird von Hauptlehrern, Lehrbeauftragten und Stellvertretern erteilt.

² Im Übrigen gelten die Bestimmungen über die Anstellung in den entsprechenden Spezialerlassen des Kantons, insbesondere des Lehrerbesoldungsgesetzes.

§ 47

Auftrag

¹ Der berufliche Auftrag des Lehrers richtet sich nach dem allgemeinen Bildungs- und Erziehungsauftrag und den Lehrplänen.

² Er umfasst die folgenden Teilbereiche:

- a) Unterricht und Erziehung;
- b) Planung, Vorbereitung, Organisation und Auswertung des Unterrichts;

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 8. Dez. 2001.

- c) Zusammenarbeit mit Eltern, Schuldiensten und sonderpädagogischem Fachpersonal;
- d) Mitwirkung bei der Gestaltung des Schullebens und bei der Erfüllung organisatorischer Aufgaben der Schule, Zusammenarbeit mit Lehrerkollegen und den Schulbehörden;
- e) Beteiligung an der Entwicklung der Schule;
- f) regelmässige fachliche, didaktische, pädagogische und psychologische Fortbildung.

³ Der Lehrer trägt die Verantwortung für die ihm anvertrauten Schüler und sorgt für eine gute Schumatmosphäre.

⁴ Er erfüllt seinen Auftrag nach bestem Wissen und Gewissen unter Beachtung der gesetzlichen Vorgaben und der Weisungen der Schulbehörden. In diesem Rahmen ist die Methodenfreiheit gewährleistet.

⁵ Er erteilt Hausaufgaben gemäss den Richtlinien des Erziehungsrates.

§ 48

Lehrerberatung

¹ Die Gemeinden haben für die Junglehrerberatung besorgt zu sein.

² Der Kanton unterstützt eine weitergehende Lehrerberatung finanziell.

³ Die Ausführungsbestimmungen legen die Einzelheiten fest.

§ 49

Fortbildung

¹ Der Lehrer erfüllt seine Fortbildungsverpflichtung durch persönliche Fortbildung und durch die Beteiligung an den gemeindlichen Fortbildungsveranstaltungen und den kantonalen Kursen.¹⁾

² Der Erziehungsrat bzw. die Schulkommissionen der kantonalen Schulen erlassen entsprechende Bestimmungen.

³ Die Schulkommission kann einen Lehrer anweisen, bestimmte Kurse zu besuchen.

§ 50

Kantonale Kurse

¹ Der Erziehungsrat beschliesst über die von der Direktion für Bildung und Kultur²⁾ durchzuführenden unentgeltlichen Fortbildungskurse.

² Diese finden in der Regel ausserhalb der Unterrichtszeit statt.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 4. Mai 1995 (GS 25, 135); in Kraft am 1. Aug. 1995.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

412.11

§ 51

Kurse anderer Institutionen

¹ Die Schulbehörden können einem Lehrer bewilligen, zusätzlich Kurse aus Angeboten anderer Institutionen zu besuchen, sofern sie im Zusammenhang mit seiner schulischen Aufgabe stehen.

² Die Kurskosten werden mit je 40 Prozent von Gemeinde und Kanton mitfinanziert.

§ 52 ¹⁾

§ 53

Mitverantwortung

¹ Die Lehrer tragen Mitverantwortung für das Schulwesen, indem sie sich insbesondere in Konferenzen organisieren, in Kommissionen mitarbeiten und einen Vertreter in die Schulkommission vorschlagen.

² Der Erziehungsrat erlässt Bestimmungen über die Konferenzen, denen die Lehrer obligatorisch angehören.

³ Er kann den Konferenzen bewilligen, Anlässe ausnahmsweise während der Unterrichtszeit durchzuführen.

§ 54

Beurteilung der Schulführung

¹ Jeder Lehrer hat Anspruch auf die Beurteilung seiner Schulführung.

² An den gemeindlichen Schulen sowie an den Privatschulen, die den Unterricht der obligatorischen Schulzeit anbieten, ist die Beurteilung Sache des kantonalen Schulinspektorats.

³ Die Beurteilung erfolgt mündlich. Auf begründeten Wunsch der Lehrperson oder der Schulbehörde wird ein schriftlicher Inspektionsbericht erstellt.

¹⁾ Aufgehoben durch Ziff. II Änderung Lehrerbildungsgesetz vom 27. März 2003 (GS 27, 889); in Kraft am 1. Aug. 2003.

§ 55¹⁾*Disziplinarrecht*

§ 56

Lehrerausbildung

¹ Der Kanton Zug tritt dem Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 15. Dezember 2000 bei.²⁾

² Der Regierungsrat regelt den Vollzug. Er schliesst insbesondere die Verträge mit dem Konkordatsrat und mit den Schulen St. Michael Zug über die Teilschule Zug ab (Art. 5 des Konkordates) und setzt die Ergänzungspauschale fest (Art. 21 Abs. 2 des Konkordates). Er genehmigt Änderungen des Konkordats, soweit diese nicht rechtsetzenden Charakter haben.²⁾

³ ...³⁾

⁴ ...⁴⁾

§ 57³⁾*Lehrerdiplome*

§ 58

Weiterbildung

¹ Weiterbildung ist jene Zusatzausbildung, die den Lehrer nach erfolgreichem Diplomabschluss berechtigt, in einem anderen Schultyp zu unterrichten oder eine andere schulische Aufgabe zu übernehmen.

² Die Finanzierung der beruflichen Weiterbildung ist Sache des Einzelnen. Sofern die Behörde an der Weiterbildung eines Lehrers interessiert ist, kann sich der Schulträger mit Zustimmung der Direktion für Bildung und Kultur⁵⁾ an den entsprechenden Kosten beteiligen.

³ Der Kanton subventioniert die Lohnkosten und das Kursgeld nach dem im Lehrerbesoldungsgesetz vorgesehenen Beitragssatz für Lehrerbesoldungen.

¹⁾ Aufgehoben durch § 74 Abs. 2 lit. d Personalgesetz vom 1. Sept. 1994 (GS 24, 535).

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 8. Dez. 2001.

³⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 1. Aug. 2006.

⁴⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 8. Dez. 2001.

⁵⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

412.11

6. Abschnitt

Schulaufsicht und -verwaltung

§ 59

Gemeindliche und kantonale Schulbehörden

¹ Schulaufsicht und Schulverwaltung werden von den gemeindlichen und kantonalen Behörden sowie den hierfür eingesetzten Amtsstellen wahrgenommen.

² Es bestehen folgende gemeindliche Schulbehörden:

- a) Gemeinderat;
- b) Schulkommission;
- c) Schulpräsidium;
- d) Schulrektorat.

³ Kantonale Schulbehörden vorbehältlich der Spezialgesetzgebung sind:

- a) Regierungsrat;
- b) Erziehungsrat;
- c) Direktion für Bildung und Kultur¹⁾;
- d) Schulinspektorat;
- e) Schulkommission;
- f) Schulleitung;
- g) Prüfungskommission.

A. Gemeindliche Schulbehörden

§ 60

Gemeinderat

¹ Die oberste Schulbehörde einer Gemeinde ist der Gemeinderat.

² Er erfüllt die ihm durch Gesetz übertragenen Aufgaben und wählt die Mitglieder der Schulkommission, der Fachkommissionen für besondere Aufgaben sowie des Rektorates, den Schularzt und den leitenden Schulzahnarzt.

³ Er erstattet dem Erziehungsrat jährlich Bericht über den Verlauf des Schuljahres.

§ 61

Schulkommission

¹ Die Schulkommission wird vom Gemeinderat auf Amtsdauer gewählt.

² Eltern schulpflichtiger Kinder haben in ihr angemessen vertreten zu sein. Zudem haben ihr mit beratender Stimme der Rektor und ein Vertreter der Lehrerschaft anzugehören.

³ Sie leitet und beaufsichtigt die gemeindlichen Schulen. Sie bemüht sich um eine gute Zusammenarbeit mit allen am schulischen Auftrag Beteiligten und den Schulkindern sowie um eine gute Schumatmosphäre. Neben den durch die Gesetze übertragenen Aufgaben obliegen ihr insbesondere:

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

- a) die Visitation des Unterrichts;
- b) der Entscheid über die Promovierung sowie den Wechsel der Schulart auf der Sekundarstufe I;¹⁾
- c) der Erlass einer Schul- und Disziplinarordnung für Schüler;
- d) der Entscheid über Beschwerden gegen Beschlüsse des Rektorats;
- e) die Antragstellung betreffend die Wahl des Rektors, des Schularztes und des leitenden Schulzahnarztes sowie der Lehrer;
- f) die Antragstellung betreffend die Anordnung von Disziplinar massnahmen gegen Lehrer;
- g) die Bewilligung von Pensenteilungen im Kindergarten und in der Primar schule.

⁴ Die Schulkommission kann einzelne Aufgaben an einen Ausschuss delegieren.

§ 62

Schulpräsidium

¹ Das Schulpräsidium ist Verbindungsorgan zwischen den kantonalen und den gemeindlichen Schulbehörden.

² Der Schulpräsident hat insbesondere folgende Aufgaben und Befugnisse:

- a) er leitet die Sitzungen der Schulkommission, die er entsprechend dem Stand der Geschäfte einberuft;
- b) er überwacht in seinem Zuständigkeitsbereich den Vollzug der Beschlüsse der kantonalen Schulbehörden und des Gemeinderats sowie den Vollzug der Gesetze;
- c) er überwacht die Schuladministration.

³ Der Schulpräsident entscheidet für die Schulkommission, wenn sofortige Massnahmen zu treffen sind. Er orientiert die Kommission an der nächsten Sitzung über die getroffenen Anordnungen.

§ 63

Schulrektorat

¹ In jeder Gemeinde besteht ein Schulrektorat.

² Das Rektorat erfüllt insbesondere folgende Aufgaben:¹⁾

- a) Leitung und Koordination der Schule und deren Verwaltung;
- b) Beratung der Schulkommission;
- c) Besuch des Unterrichts;
- d) Kontrolle der Schulpflicht;
- e) Kindergarten- und Klassenzuteilung;

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

412.11

- f) Zuweisung der Schüler in Niveaueurse der Sekundarstufe I;
 - g) Erfüllung der durch das Schulgesetz und von den Schulbehörden übertragenen Aufgaben.
- ³ Die Organisation und die Aufgabenzuteilung ist Sache der Gemeinden.¹⁾

B. Kantonale Schulbehörden

§ 64

Regierungsrat

Der Regierungsrat übt die Oberaufsicht über das gesamte Schulwesen im Kanton aus, soweit sie ihm durch Verfassung und Gesetze zugewiesen ist.

§ 65

Erziehungsrat

¹ Der Erziehungsrat wird vom Regierungsrat auf Amtsdauer gewählt. Er setzt sich aus sieben Mitgliedern zusammen. Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Direktion für Bildung und Kultur ist von Amtes wegen Präsident oder Präsidentin.²⁾

² Er übt die Aufsicht über sämtliche Schulen und Schuldienste im Kanton aus, soweit eidgenössisches oder kantonales Recht nichts anderes bestimmt.

³ Er stellt dem Regierungsrat Antrag in wichtigen Schulfragen und erlässt oder genehmigt Lehrpläne, Reglemente und Weisungen. Er hat zudem insbesondere folgende Aufgaben:

- a) er unterbreitet dem Regierungsrat Anträge für die Ausbildung der Lehrer;
- b) er erlässt Weisungen über die Inspektion der Schulen;
- c) er befindet über die obligatorischen Lehrmittel;
- d) er beschliesst das Programm für die kantonalen Fortbildungskurse und legt fest, welche Kurse von den Lehrern einzelner Stufen obligatorisch zu besuchen sind;
- e) ...³⁾
- f) er wählt die Prüfungskommission für die Maturitäts- und Diplomprüfungen an privaten Mittelschulen;
- g) er nimmt die Amtshandlungen vor, die ihm durch andere Gesetze übertragen sind.

⁴ Er kann zur Begutachtung von Spezialfragen Kommissionen ernennen und sich in interkantonalen Kommissionen vertreten lassen.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

³⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 1. Aug. 2006.

§ 66

Direktion für Bildung und Kultur¹⁾

¹ Der Vorsteher oder die Vorsteherin der Direktion für Bildung und Kultur leitet und beaufsichtigt das Erziehungswesen und erfüllt in diesem Bereich alle Aufgaben, die keiner andern Instanz zugewiesen sind.¹⁾

² Die Direktion für Bildung und Kultur¹⁾ ist Verbindungsorgan zwischen kantonalen und gemeindlichen Schulbehörden.

³ Sie stellt insbesondere die entsprechenden Anträge, über die der Regierungsrat oder der Kantonsrat zu beschliessen hat und fördert zusammen mit andern kantonalen Stellen die Planung und Koordination im Schulwesen.

§ 67

Schulinspektorat

¹ Die hauptamtlichen Schulinspektoren werden auf Antrag des Erziehungsrates vom Regierungsrat gewählt.

² Die nebenamtlichen Inspektoren für die gemeindlichen Schulen werden vom Erziehungsrat ernannt.

³ Die Inspektoren haben folgende Aufgaben:

- a) Besuch der gemeindlichen Schulen und der Privatschulen im Bereich der Primar- und Sekundarstufe;
- b) Beratung und Beurteilung der Lehrer;
- c) Aufsicht über die Schulführung, Einhaltung der Lehrpläne und Verwendung der Lehrmittel;
- d) Kontrolle des Zustandes der Schulräumlichkeiten;
- e) Antragstellung an die gemeindlichen Schulbehörden betreffend notwendige Massnahmen für einzelne Lehrer;
- f) Berichterstattung an den Erziehungsrat, die Schulkommissionen und die inspizierten Lehrer.

§ 68

Schulkommission und Schulleitung

Die Organe der kantonalen Schulen werden in den Spezialgesetzen geregelt.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

7. Abschnitt
Schulanlagen und Schulmobiliar

§ 69

Zuständigkeit

Die Schulträger sind verpflichtet, die notwendigen Unterrichtsräume und Anlagen sowie das erforderliche Schulmobiliar zur Verfügung zu stellen.

§ 70

Genehmigungsverfahren

¹ Der Bau gemeindlicher Schulanlagen wie auch deren Umbau oder Erweiterung sind von den kantonalen Schulbehörden zu genehmigen. Die Direktion für Bildung und Kultur genehmigt die Schlussabrechnung und die Auszahlung des Restbetrages, sofern die Schlussabrechnung einen Kantonsbeitrag bis zu einem Betrag von Fr. 200 000.– vorsieht oder den vom Regierungsrat zugesicherten Betrag nicht um mehr als 10 % übersteigt.¹⁾

² Vor Beginn der definitiven Planung sind dem Erziehungsrat Standort und Raumprogramm zur Genehmigung vorzulegen.

³ Die Direktion für Bildung und Kultur genehmigt nach Vorlage der detaillierten Pläne das Bauprojekt und sichert die in diesem Gesetz vorgesehenen Kantonsbeiträge bis zu einem Betrag von Fr. 200 000.– zu.²⁾

§ 71

Kantonsbeiträge

¹ Den Gemeinden wird an die Errichtung von Schulanlagen, Erweiterungs- und Umbauten, Umgebungs- und Erschliessungsarbeiten sowie an die Erstausrüstung ein einmaliger Beitrag von 30 Prozent gewährt.

² Nicht subventionsberechtigt sind Aufwendungen für überdimensionierte und luxuriöse Ausgestaltung sowie für den Unterhalt.

³ Der Regierungsrat kann den Subventionssatz kürzen, wenn die gemeindlichen Schulbehörden die Vorschriften über das Genehmigungsverfahren nicht einhalten.

⁴ Der Beitrag an den notwendigen Landerwerb wird im Zeitpunkt der Genehmigung des Bauprojekts durch den Regierungsrat fällig. Für die übrigen Aufwendungen der Gemeinde können entsprechend dem Baufortschritt aufgrund eines Gesuchs der Gemeinde Teilzahlungen gewährt werden.

¹⁾ Fassung gemäss § 5 Bst. d DelV vom 23. Nov. 1999 (GS 26, 471); in Kraft am 1. Jan. 2000.

²⁾ Fassung gemäss § 5 Bst. b DelV vom 23. Nov. 1999 (GS 26, 471); in Kraft am 1. Jan. 2000.

3. TITEL

Weiterführende Schulen und Hochschulen

§ 72

Weiterführende Schulen

¹ Der Regierungsrat kann Zuger Studierenden, die eine weiterführende oder eine Fachschule besuchen, Beiträge gewähren.

² Beitragsberechtigt sind die Absolventen von Lehranstalten, die einen mehrsemestrigen Lehrgang anbieten, der mit einem anerkannten Diplom abschliesst oder nach der obligatorischen Schulzeit auf eine weiterführende Schule oder eine Berufslehre vorbereitet.¹⁾

³ Sofern der Kanton oder eine von ihm unterstützte Institution eine gleichwertige Ausbildung anbietet, werden keine Beiträge gewährt. In besonderen Fällen und im Rahmen von interkantonalen Schulgeldabkommen sind Ausnahmen möglich.

⁴ Die Höhe des Beitrages ist in der Regel so anzusetzen, dass die Studierenden aus dem Kanton Zug jenen des Standortkantons in Bezug auf das Schulgeld gleichgestellt sind.

⁵ Der Regierungsrat kann zudem mit Dritten über die Ausbildung von Zuger Studierenden an weiterführenden Schulen und die Leistungen an die Betriebskosten Vereinbarungen abschliessen. In diesen Vereinbarungen können entsprechend der Anzahl Zuger Schüler Betriebs-, nicht aber Baubeiträge festgelegt werden.

§ 73

Hochschulen

¹ Der Kanton schafft die Voraussetzungen für den Zugang von Zuger Studenten zu den Hochschulen.

² Zu diesem Zweck beteiligt er sich an der Interkantonalen Vereinbarung über Hochschulbeiträge²⁾.

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 1. Juli 1993 (GS 24, 269).

²⁾ SR 414.23

4. TITEL
Privatschulen

§ 74

Zulassung

¹ Die Errichtung von Privatschulen ist gewährleistet.

² Privatschulen bedürfen der Anerkennung durch den Erziehungsrat, wenn sie den Unterricht im Bereich der obligatorischen Schulzeit übernehmen wollen.

³ Für die Anerkennung von privaten IV-Sonderschulen gelten zusätzlich die Voraussetzungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung¹⁾.

§ 75

Primar- und Sekundarstufe

¹ Privatschulen im Bereich der Primar- und Sekundarstufe werden anerkannt, wenn sie einen Unterricht gewährleisten, der den Anforderungen der öffentlich-rechtlichen Schule gerecht wird.

² Sie sind bei der Anstellung der Lehrer frei, unterliegen jedoch der kantonalen Inspektion und Visitation. Sie haben zu Beginn des Schuljahres und bei einem Neueintritt der Schulkommission der Gemeinde, in der ein Kind schulpflichtig ist, die Namen der ihre Schule besuchenden Kinder mitzuteilen.

³ Privatschulen für ausländische Kinder kann die Bewilligung auch erteilt werden, wenn sie nach den Lehrplänen des Herkunftslandes unterrichten.

§ 76

Andere Schulen

¹ Der Erziehungsrat kann Privatschulen anerkennen, die im Kanton Zug einen Unterricht ausserhalb der obligatorischen Schulzeit anbieten, wenn

- a) die Anerkennung im Interesse des Kantons liegt und
- b) der Unterricht in fachlicher Hinsicht und bezüglich der Schuldauer den kantonalen Vorschriften entspricht und
- c) die Ausbildung mit einer beaufsichtigten Prüfung abgeschlossen wird.

² Der Erziehungsrat legt die Voraussetzungen für die Anerkennung fest und regelt die Diplomprüfung.

¹⁾ SR 831.20

³ Vorbehalten bleiben die Spezialgesetze, insbesondere das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung¹⁾, das Gesetz über das Gesundheitswesen²⁾ und die eidgenössische Verordnung über die Anerkennung von Maturitätsausweisen³⁾.

§ 77

Massnahmen und Entzug

¹ Der Erziehungsrat ordnet unter Androhung des Entzugs der Anerkennung Massnahmen an, wenn

- a) Missstände vorliegen;
- b) gesetzliche Vorschriften sowie Weisungen kantonaler und gemeindlicher Behörden nicht beachtet werden;
- c) das Lehrziel am Ende der obligatorischen Schulzeit nicht erreicht wird;
- d) der Unterricht aus andern Gründen gefährdet ist.

² Sofern die Missstände nicht behoben werden, entzieht der Erziehungsrat die Anerkennung.

§ 78

Kantonsbeiträge

¹ Wenn eine Gemeinde Kinder zur Erfüllung der Schulpflicht einer Privatschule zuweist, gewährt der Kanton einen vom Regierungsrat festzulegenden Beitrag an die Kosten.

² Der Kanton kann anerkannten Privatschulen, die im Kanton Zug den Unterricht der obligatorischen Schulzeit anbieten, Beiträge gewähren, um die Schulgeldbeiträge der Zuger Schüler zu reduzieren. Der Kantonsbeitrag pro Kind darf nicht höher sein als ein Viertel der Besoldungskosten, die ein Kind an der entsprechenden öffentlichen Schule verursacht.

³ Diese Schulen können auch die obligatorischen kantonalen Lehrmittel für die Zuger Schüler kostenlos beziehen.

§ 79

Auslandsschweizerschulen

¹ Der Kanton kann im Sinne des Bundesgesetzes über die Förderung der Auslandsschweizerschulen⁴⁾ das Patronat über eine Auslandsschweizerschule übernehmen.

² Der Regierungsrat sorgt für eine hinreichende Inspektion des Unterrichts und gewährt der Schule finanzielle Hilfe.

¹⁾ BGS 413.11

²⁾ BGS 821.1

³⁾ SR 413.11

⁴⁾ SR 418.0

5. TITEL

Allgemeine Weiterbildung¹⁾

§ 80¹⁾

Grundsatz

Die Allgemeine Weiterbildung bietet Gelegenheit, ausserhalb der schulischen und beruflichen Grundausbildung Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben oder zu vermehren.

§ 81¹⁾

Zuständigkeit

Die Allgemeine Weiterbildung ist in erster Linie Aufgabe von privaten Organisationen.

§ 82¹⁾

Aufgaben von Kanton und Gemeinden

¹ Eine allfällige finanzielle Unterstützung von Weiterbildungsangeboten auf kantonaler Ebene ist Sache des Kantons, für Veranstaltungen auf gemeindlicher Ebene Sache der Gemeinden.

² Die Direktion für Bildung und Kultur kann im Rahmen des Staatsvoranschlags Weiterbildungsangebote gemeinnütziger Organisationen finanziell unterstützen, sofern diese eine angemessene Eigenleistung erbringen.

³ Kanton und Gemeinden stellen im Rahmen ihrer Möglichkeiten ihre Anlagen gemeinnützigen Organisationen zur Verfügung.

⁴ Die Direktion für Bildung und Kultur setzt eine Kommission ein, die sich mit der Allgemeinen Weiterbildung befasst.

6. TITEL

Rechtspflege

§ 83

Grundsatz

Die Rechtspflege richtet sich nach den Bestimmungen des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz)²⁾, soweit dieses Gesetz nicht ausdrücklich eine Ausnahme vorsieht.

§ 84

Einsprache

Einsprache gemäss § 34 des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege kann innert 20 Tagen seit der Mitteilung erhoben werden gegen:

¹⁾ Fassung gemäss Änderung vom 2. Juni 2005 (GS 28, 409); in Kraft am 1. Jan. 2006.

²⁾ BGS 162.1

- a) ...¹⁾
- b) einzelne Noten im Semesterzeugnis bei der Schulkommission. Der Entscheid ist endgültig, wenn die angefochtene Note keinen Einfluss auf die Promotion hat;
- c) einzelne Noten bei Mittelschulabschlussprüfungen bei der zuständigen Prüfungskommission;
- d) den negativen Entscheid zur Aufnahme in kantonale Schulen bei der zuständigen Schulkommission.²⁾

§ 85

Verwaltungsbeschwerde

¹ Innert 20 Tagen seit der Mitteilung kann unter Vorbehalt von Abs. 2 und 3 sowie der Spezialgesetze Verwaltungsbeschwerde erhoben werden gegen:

- a) Entscheide des Rektorates bei der Schulkommission;
- b) Entscheide einer gemeindlichen Schulkommission beim Gemeinderat;
- c) Entscheide des Gemeinderates, einer kantonalen Schulkommission, einer Prüfungskommission, des Erziehungsrates und der Direktion für Bildung und Kultur³⁾ beim Regierungsrat.

² Die Schulkommission befindet über Beschwerden gegen Entscheide des Rektorats endgültig.

³ Der Gemeinderat befindet endgültig über Beschwerden gegen:

- a) Promotionsentscheide der Schulkommission;
- b) Entscheide der Schulkommission betreffend Abweichung vom Klassenlehrerprinzip.

⁴ Der Regierungsrat befindet endgültig über Beschwerden gegen:²⁾

- a) Entscheide der Schulkommission über den Eintritt in kantonale Schulen;
- b) Zuweisungsentscheide der Übertrittskommission im Rahmen des Übertrittsverfahrens Primarstufe–Sekundarstufe I;
- c) Entscheide über die Aufschiebung der Schulpflicht und über Spezialfälle der Klassenzuweisungen.

⁵ Die Schülerbeurteilung wird nur in Bezug auf Verfahrensfehler und Willkür überprüft.

§ 86

Verwaltungsgerichtsbeschwerde

Gegen Entscheide des Regierungsrates kann unter Vorbehalt von § 85 Abs. 4 innert 30 Tagen seit der Mitteilung beim Verwaltungsgericht Beschwerde erhoben werden.

¹⁾ Aufgehoben durch Änderung vom 17. Dez. 1998 (GS 26, 305); in Kraft am 1. Aug. 2000.

²⁾ Fassung gemäss Änderung vom 1. Juli 1993 (GS 24, 269).

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 22. Dez. 1998 (GS 26, 191).

7. TITEL

Straf-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

§ 87

Strafbestimmungen

¹ Soweit nicht Strafbestimmungen des Bundesrechts Anwendung finden, wird mit Busse gemäss § 8 des Polizeistrafgesetzes¹⁾ bestraft:

- a) wer ein Kind an der Erfüllung der Schulpflicht hindert;
- b) wer als gesetzlicher Vertreter ein Kind vorsätzlich oder fahrlässig nicht zum Schulbesuch oder zur Befolgung von Anordnungen der Schulbehörden anhält;
- c) wer sonstwie diesem Gesetz oder dessen Ausführungsbestimmungen zuwiderhandelt.

² Eine Anzeige an die zuständige kantonale Behörde erfolgt durch den Präsidenten der Schulkommission. In leichten Fällen kann dieser auf eine Anzeige verzichten.

§ 88

Aufgehobene Erlasse

Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes werden folgende Erlasse aufgehoben:

- a) das Schulgesetz für den Kanton Zug vom 31. Oktober 1968²⁾;
- b) das Gesetz betreffend Förderung freiwilliger Hauswirtschaftskurse vom 17. Dezember 1981³⁾;
- c) der Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung der mit den zugerischen Seminaren und dem Evangelischen Lehrerseminar Zürich abgeschlossenen Verträge vom 17. September 1970⁴⁾;
- d) der Kantonsratsbeschluss über die Ausbildung von Zuger Lehramtskandidaten am Lehrerseminar St. Michael, Zug, vom 5. Juli 1973⁵⁾;
- e) der Kantonsratsbeschluss über die Ausbildung von Zuger Lehramtskandidaten an den Lehrerseminaren Bernarda Menzingen und Heiligkreuz Cham vom 28. November 1985⁶⁾;

¹⁾ BGS 311.1

²⁾ GS 19, 481

³⁾ GS 22, 197

⁴⁾ GS 19, 775

⁵⁾ GS 20, 319

⁶⁾ GS 22, 719

- f) der Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung der Studienbeiträge an die Lehramtskandidaten der Lehrerinnenseminare Bernarda Menzingen und Heiligkreuz Cham sowie des Evangelischen Lehrerseminars Zürich vom 5. Juli 1973¹⁾;
- g) der Kantonsratsbeschluss betreffend Beiträge an ausserkantonale höhere Schulen vom 23. Februar 1978²⁾.

§ 89

*Übergangsbestimmungen*³⁾

¹ Änderung vom 17. Dezember 1998:

- a) Diese Änderung tritt am 1. August 2000 in Kraft;
- b) Die Einführung der neuen Organisationsform auf der Sekundarstufe I erfolgt gestaffelt ab dem 7. Schuljahr;
- c) Der Regierungsrat kann den Gemeinden für die dreijährige Einführungsphase einen Stundenpool für die subventionsberechtigte Freistellung der am Projekt beteiligten Lehrpersonen bewilligen.

² Änderung in Zusammenhang mit dem Beitritt zum Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz vom 27. September 2001:

Die Aufhebung von § 56 Abs. 3, § 57 und § 65 Abs. 3 Bst. e) tritt am 1. August 2006 in Kraft.

§ 90

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt unter dem Vorbehalt des Referendums gemäss § 34 der Kantonsverfassung auf den 1. August 1991 in Kraft.

¹⁾ GS 20, 321

²⁾ GS 21, 115

³⁾ Fassung gemäss Änderung vom 27. Sept. 2001 (GS 27, 251); in Kraft am 8. Dez. 2001.